

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Verlagspreis: Im Monat RM. 1.20, u. Nachrechnung. Ein einzelnes Exemplar 85 Pfennige. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über dem Raum 12 Pfennige, die Reklamestelle 85 Pfennige. Bei Nichterschienen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung der Post keine Haftung. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernimmt wir keine Gewähr.

Nr. 375.

Allensteig, Freitag den 23. November.

Seitengang 1928

Bei unseren Postlesern

wird in den nächsten Tagen die Post die zweite Hälfte des Novemberzugspreises im Betrag von

70 Goldpfennig

zum Eingang bringen, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Die Erhebung dieses Betrages erfolgt seitens der Post durch Nachnahme.

Wir bitten unsere Postleser höflich, den Betrag für den Eingang bereit zu halten und weisen darauf hin, daß die Post-Abonnenten zur Einlösung der Nachnahme verpflichtet sind.

Verlag der Schwarzwälder Tageszeitung
„Aus den Tannen“.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Nov.

Am Reichstag herrschte am Donnerstag schon in den frühen Morgenstunden reges Leben. Einzelne Fraktionen waren zusammengetreten und besprachen die Vorgänge vom Dienstag und die politischen Möglichkeiten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, da man erst die Rede des Reichskanzlers abwarten will. Der vom Präsidenten ausgeschlossene kommunistische Abgeordnete Kemmele versuchte zweimal, in das Reichstagsgebäude einzudringen, und zwar durch verschiedene Portale. Er besand sich dabei in Begleitung seines Fraktionsgenossen Koenen. Auf die Erklärung der Beamten, daß der Abg. Kemmele nicht eingelassen werden dürfe, zog er sich wieder zurück. Der Ausschluß aus dem ganzen Hause beruht auf dem Dauerrecht des Präsidenten, das in dem Artikel 28 der Verfassung begründet ist. Der Vizepräsident des Reichstags beschäftigte sich vor der Plenarsitzung mit dem vom Reichstagspräsidenten Lohse in der Dienstag-Sitzung verfügten Ausschluß des kommunistischen Abgeordneten Kemmele. Die Vertreter sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, haben das Verfahren des Präsidenten gebilligt.

Verlauf der Reichstags-Sitzung.

Die Tribünen sind überfüllt. Die Bänke der Abgeordneten weisen große Lücken auf. Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Jarves, Finanzminister Dr. Luther, Minister für die besetzten Gebiete Juchs, Arbeitsminister Dr. Brauns, Ernährungsminister Graf von Helldorf.

Präsident Lohse eröffnete die Sitzung um 1.30 Uhr mit Erklärungen zum Falle Kemmele, und machte darauf aufmerksam, daß eine geblühete Verletzung der Ordnung dieses Hauses festzustellen ist, wenn eine Behinderung der Amtshandlungen und der Mittelungen des Präsidenten durch andauerndes Schreien erfolgt, oder wenn eine Behinderung eines Redners durch fortgesetztes Unterbrechen vor sich geht, ferner in der Weigerung, die Rednertribüne zu verlassen und bei Gewalttätigkeiten. Ich werde dann sofort mit Ordnungsrufern einschreiten und diesen Ordnungsrufern folgen lassen. (Wärm bei den Kommunisten, Beifall bei den übrigen Parteien.)

Der Präsident erteilt darauf das Wort dem Reichskanzler Dr. Stresemann

der von den Kommunisten mit vereinigtem Ruf: Reichstagspräsident empfangen wird.

Reichskanzler Dr. Stresemann: Die Abg. Hergt und Wels haben ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Reichskanzler diese Debatte nicht eröffnet hat. Sie haben daraus gewissermaßen die Folgerung gezogen, als wenn die Reichsregierung dadurch, daß sie nicht eine Regierungserklärung zu Beginn der Sitzung abgab, sondern in die politische Aussprache eingriff, beabsichtige, sich der Vertrauensfrage zu entziehen, die für die Fortdauer einer Regierung notwendig ist. In bezug auf das Recht des Parlamentes, Vertrauen oder Mißtrauensvoten zu erteilen, besteht kein Unterschied. Die Reichsregierung weicht dieser Entscheidung nicht aus, sondern sie sucht diese Entscheidung so bald als möglich herbeizuführen, da das Land, die Regierung und das Parlament vor klare Verhältnisse gestellt werden müssen.

Der jetzige Träger der französischen Politik, Poincaré, hat es fertig gebracht, in fortwährender Konsequenz die Grundlagen für die gesamte politische und soziale Verträglichkeit Deutschlands zu schaffen. Da ist es erklärlich, wenn die Entscheidung in Deutschland dem Extremem zutrifft. Der Kommunismus zieht seine festen Stützen aus dem Elend des Volkes, der Nationalismus aus der Politik der sozialisierenden nationa-

ren Demütigungen, denen bisher die deutsche Regierung ausgesetzt war. Wenn man glaubt, daß das konstitutionelle Leben Deutschlands in der Auflösung begriffen sei, so ist das gerade die Wirkung dieser Politik. (Wärmende Zwischenrufe bei den Kommunisten; Präsident Lohse erteilt dem Abg. Höllein eine Klage.) Das Parlament hat es herrlich weit gebracht, wenn seine Mitglieder die Achtung vor dem Parlament selbst untergraben. (Erneute wärmende Unterbrechungen bei den Kommunisten; stürmische Zustimmung bei der Mehrheit und Handklopfen auf den Tribünen.)

Der Abg. Hergt hat gesagt, daß die auswärtige Politik der Regierung ein einziger Mißerfolg gewesen sei. Die innere Lage ist zweifellos hoffnungslos; auch ich sehe keinen Weg, vorläufig diese trostlose Lage zu bessern. Der Redner wendet sich gegen den Vorwurf, daß die Regierung mit Frankreich Verhandlungen versucht habe und erklärt, daß Rhein und Ruhr viel zu wertvoll seien, als daß nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft werden müßten, ehe andere Konsequenzen gezogen würden. Auch er sei nicht von grundlosem Optimismus getrieben gewesen und habe seiner Skepsis bei der Aufgabe des passiven Widerstandes Ausdruck gegeben. Aber alle Verhandlungen seien vergeblich gewesen, weil man der Meinung war, daß die idealen und materiellen Kräfte in diesem Stadium zu erschöpft waren. Der richtige Zeitpunkt für die Aufgabe des Widerstandes sei verkannt worden. Der Redner begrüßte den erneuten Versuch, das Reparationsproblem in einer internationalen Schlichtungsgenossenschaft zu lösen. Deutschland ist die offene Wunde am Körper Europas. Der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa, von dem der Abg. Wels sprach, ist zu eng gefaßt. Wenn in Europa vom Rhein bis zum Ural nur kampfame Völker leben, so muß das auf die gesamte Weltwirtschaft seine Rückwirkung haben. Die Erhöhung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung ist daher nicht nur eine deutsche Sorge. Wir müssen versuchen, aus eigener Kraft zu stabilen Verhältnissen zu gelangen. Ich halte es für ein Verbrechen, daß man das deutsche Volk und die Welt über den Grad des Elends in Deutschland nicht täuscht hat. Der Redner sagt allen herzlichsten Dank, die sich der deutschen Not angenommen haben. (Beifall des Beifall. Juchz des Abg. Malchow: Schamlose Gesellschaft!) Der Jurist erhält einen Ordnungsruf. Der Reichskanzler erinnert an die Worte des Bundeskanzler Selgel und der deutschen Abgeordneten im österreichischen Parlament, die bei uns, auch wenn wir offiziell getrennt sind, das Echo finden würden, das ein Bruder dem anderen schuldig. (Stürmischer Beifall.) Unberechtigt ist der Vorwurf, als hätte die deutsche Regierung nicht das Recht, ausländische Hilfe anzurufen. Unermüdlich hat die Regierung versucht, Verhandlungen über die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet in Gang zu bringen. Selbstverständlich konnte die Aufgabe des Widerstandes nicht gleichbedeutend sein mit dem Aufgeben finanzieller Hilfe für das besetzte Gebiet. Wir haben den Nachweis erbracht, daß alle Bestimmungen zurückgezogen seien, sind aber bis heute damit nicht durchgelassen. Das ist ein Skandal in den Beziehungen der Völker. (Stürmische Zustimmung.) Da müßten wir den Weg gehen, den Herr Wels so vielfach kritisiert hat. Ich bin sehr gerne bereit, die ganzen von den Vertretern der Wirtschaft mit französischen Behörden geführten Verhandlungen mit allen Protokollen dem Reichstag zur Verfügung zu stellen. Die Frage der Arbeitszeit hat gar keine Rolle gespielt. Dafür gelten nur die deutschen Gesetze. Wenn der erste Tag der Verhandlungen noch keine Instruktionen der Reichsregierung vorlag, so lehne ich die Verantwortung hierfür ab, da das Kabinett sich in der Demission befand. Die Herren, die Kabinetskrise zu einer dauernden Einrichtung machen, müssen die Folgerungen tragen, wenn die Regierung nicht herbeizuführen ist. In unseren Instruktionen haben wir uns bereit erklärt, die Garantien zu übernehmen für die Kohlenlieferungen der Industrie an Frankreich und Belgien und für die zu zahlende Kohlensteuer. Der Tag, an dem die Hunderttausende von Bergarbeitern und anderen Arbeitern wieder zur Arbeit zurückkehren könnten, würde für jeden, der ein Herz im Reich hat, ein Tag der Befriedigung sein. Aber es war unmöglich, durch eine Unterschrift der Reichsregierung auch noch den Ruhereinbruch zu legalisieren. Außerdem würde eine solche deutsche Erklärung eine Missität gegenüber den anderen Alliierten sein. Der Tag, an dem durch Unterzeichnung diese Dinge in Ordnung gebracht werden können, wird auch für uns selbst die größte Erleichterung der Rhein- und Ruhrfrage bringen. (Wärmende Zwischenrufe bei den Kommunisten.)

Der Kanzler wendet sich dann gegen den Vorwurf, daß die Regierung eine grundsätzliche Neueinstellung

sich Ruhe- und Wagnisfrage angenommen habe und verweist auf seine früheren Ausführungen über die Verantwortung Frankreichs für die drohende Hungertatatsache im Ruhrgebiet. Für die Folgen tragen die Verantwortlichen diejenigen, die die gefährlichen Verhandlungen sabotieren wollten. Keiner ist töricht und aussehend demagogisch sei es, von einer Schuld der Sachverständigen zu reden. (Beifällige Zustimmung rechts und in der Mitte.) Man will uns dadurch vor der Welt ins Unrecht setzen, während wir die Welt anrufen wollen zu einem gerechten Urteil. (Wärmende stürmische Zwischenrufe der Kommunisten. Präsident Lohse erfaßt, den Kanzler nicht fortwährend zu unterbrechen.) Die Politik ist leider heute vielfach zu einem Objekt der Währungsentscheidung geworden. Bei Balancierung des Etats läßt sich keine feste Währung erzielen. Ohne die baldige Lösung der Arbeitszeitfrage ist die Gesundung unserer Wirtschaft überhaupt undenkbar. (Unruhe links.) Der Kanzler kommt dann auf die Vorschläge zu sprechen, die der Regierung wegen der Beschränkung der Leistungen für die besetzten Gebiete gemacht werden. Gerade die Maßnahmen in der Frage der Erwerbslosenunterstützung zeigen die Verantwortlichkeit Frankreichs vor der ganzen Welt. Die riesige Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet sei doch schließlich nur eine Folge des Diktats von Paris, das die Wiederaufnahme der Arbeit verhindere. Die Reichsregierung habe bei allen ihren Maßnahmen die volle Unterstützung des preussischen Staatsministeriums gehabt. (Hört, hört bei den bürgerlichen Parteien.) Wir haben alles getan, um den Beträgen zur Annahme zu verhelfen. Die Verhandlungen gehen Tag für Tag weiter. (Zurufe links: Stimmes!) Was geht mich Herr Stimmes an? Ich habe nie auf ihn Rücksicht genommen und werde es auch niemals tun. Nicht Herr Stimmes ist der Führer der Partei, sondern ich. (Beifall.) Der Kanzler widerspricht dann der Auffassung, als denke die Reichsregierung an eine Trennung von Rhein und Ruhr. Die Regierung denke gar nicht daran, auch nur einen Augenblick den Kampf an Ruhr und Rhein aufzugeben.

Der Kanzler geht dann zur inneren Politik über, und bedauert die Vorgänge in München. Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich bedürfen als erster Grundlage der Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen und der Unterstellung der Reichswehr unter die Heeresleitung. Ueber die Möglichkeit einer Veränderung der Verfassung ist innerhalb der Reichsregierung bereits gesprochen worden. Voraussetzung für eine Veränderung der Verfassung ist die Lösung der Verfassung, die man ändern will. In dem Einverständnis der Reichswehr in Sachsen und Thüringen erklärt der Kanzler, daß alle Teile der Koalition von ihrer Notwendigkeit überzeugt waren. Es war eine Folge der kommunistischen Agitation, die eine unerhörte Höhe gegen das Bürgertum getrieben habe. Der Reichskanzler erklärt weiter, daß der Reichsstaatsnotstand aufgehoben werden würde, sobald die Verhältnisse es gestatten. Sie kann erfolgen in den Gebieten, in denen Ruhe herrscht.

Die Schaffung einer Zwischenwährung sei unbedingt nötig gewesen. Nach Meinung der Sachverständigen müßten mindestens zwei bis drei Monate vergehen, ehe die ersten Goldnoten in den Verkehr kämen. Der Reichskanzler betont dann die Notwendigkeit ausländischer Kredite. Offiziell sei von den amerikanischen Finanziers noch nicht an die Regierung herangetreten worden. Offiziell liegt das Anerbieten des Vorsitzenden des Reichsgrundbesitzerverbands vor, und einen Kredit von mindestens 1 Milliarde Goldmark zur Beschaffung von Lebensmitteln zu geben. Leider sei die Spekulation schon wieder am Werk, besonders die ausländische, um die Rentenmark in eine ungesunde Bewegung hineinzubringen. Der Kanzler gedenkt der Verdienste des Reichsbankpräsidenten Havenstein.

Sodann bespricht der Kanzler den Gedanken der Großen Koalition und den Gedanken der Volksgemeinschaft. Wir brauchen die Zusammenfassung aller Kräfte. Nur durch Versöhnung der Gegensätze ist der Ausgleich möglich. Der Kanzler bedauert den Zusammen-

bruch der Großen Koalition. Die Idee der nationalen Selbstbehauptung müsse durchgeführt werden. Von der deutschen Jugend müsse Befreiung erhofft werden. Die Jugend dürfe nicht zwischen rechts und links unterscheiden. Der Kanzler wendet sich dann gegen die Kritik des Abg. Hergt. Hergt habe keinen positiven Gedanken vorgebracht. (Zustimmung bei der Mehrheit, Unruhe rechts.) Es scheine sich diesmal weniger um eine Kabinetskrise, als vielmehr um eine Parlamentskrise zu handeln. Ein Ministeramt in Deutschland sei ein Dornenweg. Das Reichskabinett habe nun die Entscheidung des Reichstags in der Ueberzeugung und in der Gewißheit, daß es seine Pflicht gegenüber dem Lande getan habe.



Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Dr. Zeigner verhaftet. Die zuverlässig verlautet, ist der ehemalige Ministerpräsident Dr. Zeigner nachts verhaftet worden. Die Verhaftung ist auf Verdunkelungsgefahr gesehen.

Holland und die Abreise des Kronprinzen. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten wird in der zweiten Kammer zusammentreten, um von dem Außenminister Ausschluß über die Abreise des Kronprinzen nach Deutschland zu verlangen.

Kein Abkommen zwischen Spanien und Italien. Von offiziöser Stelle werden die Meldungen, daß zwischen Spanien und Italien ein Abkommen über die Mittelmeerfrage anläßlich des Besuchs des spanischen Königs-paares in Rom abgeschlossen worden sei, dementiert.

Erdbeben in Südfrankreich. Aus Südfrankreich, besonders aus der Gegend von Toulon, werden heftige Erdbeben gemeldet.

Pferdekolik. Ein eigenartiger Fall von Pferdekolik ist in Sauerlach bei München vorgekommen. Ein Pferd zeigte alle Anzeichen von Kolik und mußte auf Veranlassung des Bezirksärztes erschossen werden, der feststellte, daß der Gaul von einem tollwutkranken Tier gebissen war.

Letzte Nachrichten.

Die parlamentarische Lage.

WTB. Berlin, 22. Nov. Im Reichstag traten heute morgen mehrere Fraktionen zu Sektionen zusammen, ohne jedoch zu einer Beschlußfassung zu gelangen.

WTB. Berlin, 22. Nov. Der Reichstag hat heute vor der Plenarsitzung mit dem vom Reichstagspräsidenten Loeb in der Dienstsitzung verfügt, daß der Ausschluß des kommunistischen Abgeordneten Kemmle die Vertreter sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten billigen das Verfahren des Reichstagspräsidenten.

WTB. Berlin, 23. Nov. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen Abend-sitzung beschloffen, folgenden Antrag im Reichstag einzubringen: Die Reichsregierung hat den militärischen Ausnahmezustand gegen Sachsen und Thüringen, ohne daß hierfür sachliche Gründe vorliegen, in schärferer Form angewandt.

WTB. Berlin, 22. Nov. Wie die Blätter annehmen, werden die Deutschnationalen für das militärische sozialdemokratische Mißtrauensvotum nicht stimmen, während andererseits auch die Sozialdemokraten nicht für das allgemeine gehaltenen deutschnationale Mißtrauensvotum ihre Stimmen abgeben werden.

WTB. Berlin, 22. Nov. Die gestrige Rede des Reichstagspräsidenten Dr. Stresemann wird nur in einem Teil der Presse ausführlich kommentiert. Die deutschnationalen Blätter kommen zu dem Schluß, daß der gestrige Tag den Bankrott des Parlamentarismus aufgezeigt habe.

Die Rentenmark.

WTB. Berlin, 22. Nov. Seit dem 15. November, an dem mit der Ausgabe der Rentenmark begonnen wurde, sind bis zum 22. November rund 300 Millionen Mark Rentenbankcheine von den Druckereien abgepresst und so weit wie möglich in den Verkehr gebracht worden.

Das Raubgebot des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

WTB. Hannover, 22. Nov. Generalfeldmarschall von Hindenburg veröffentlicht folgende Raubgebot: Ich beklage tief, daß deutsche, von gleicher Vaterlandsliebe befeuerte Bürger sich in München feindselig gegenüberstehen und damit zur Feindschaft unserer Gegner einen Riß im Volksteben geschaffen haben.

Schwere Zusammenstöße in Offen.

WTB. Offen, 23. Nov. Hier ist es gestern bei Raubgeboten der Kommunisten zu schweren Unruhen gekommen. Die Polizei wurde von der bewaffneten Menge angegriffen, wobei ein Polizist getötet wurde.

Unruhen und Plünderungen in Rlin.

WTB. Rlin, 23. Nov. Gestern Nachmittag kam es hier zu schweren Ausschreitungen und Plünderungen. In der Wiltbergstraße wurde ein Saal von Lebensmitteln geplündert und geplündert. Auf dem Postamt Rlin wurden 50 Schweine gestohlen.

Allmliche Bekanntmachungen.

Erwerbslosenfürsorge.

Durch Verordnung des Reichsbeitragsministers vom 15. Oktober 1923 (R.G.B. I S. 984) mit Ausführungsbestimmungen vom 25. Oktober und Anordnung vom 24. Oktober 1923, sowie Erlaß des württ. Arbeitsministeriums vom 31. Oktober 1923 (abgedruckt im Staatsanzeiger Nr. 254) sind die Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge in wesentlichen Punkten geändert und ergänzt worden.

Diese Neuerungen treten mit Wirkung vom 1. November 1923 an in Kraft.

Von diesem Zeitpunkt an werden die Mittel, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Fürsorge für die Erwerbslosen erforderlich sind, durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie durch Zuschüsse der Gemeinden (Kommunalbeiträge) aufgebracht.

Die einzelnen gilt folgendes: I. Bis auf weiteres haben die Krankenkassen 20 Prozent der Krankenkassenbeiträge (für 1—4. Nov. 10 Prozent) für die Erwerbslosenfürsorge zu erheben.

II. Die bisherige Bestimmung in § 12 g der Verordnung vom 1. 11. 21/18. S. 23, wonach Krankenversicherungspflichtige bei Kurzarbeit zum Voll-Lohn weiterzuzahlern und die Mehrbeiträge zur Krankenkasse aus der Erwerbslosenfürsorge zu erheben waren, ist am 31. Oktober 23. Jg. außer Kraft getreten.

III. Kurzarbeiterunterstützung kommt in Betracht, wenn Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit in einer Kalenderwoche oder Kalenderdoppelpenche weniger als 5 Sechstel ihres vollen Arbeitsverdienstes erzielen.

IV. Kurzarbeiterunterstützung ist auch künstlich durch die Arbeitgeber aufzufüllen, die den Aufwand beim Oberamt zum Ersatz anmelden.

Ragold, den 22. Nov. 1923. Oberamt: J. D. Merk, so. Amtmann.

Todes-Anzeige. Altensfeld, 22. Nov. 1923. Mein I. Mann, unser I. Vater, O. Schwager, Schwagermutter, Schwager und Onkel Louis Finkbeiner ist gestern abend im Alter von 83 Jahren zur ewigen Ruhe eingegangen.

Das Organisationssteuerbuch ist für jeden Steuerpflichtigen eine vorzügliche Grundlage. Für Landwirte und Gewerbetreibende besondere Ausgaben! W. Rieker'sche Buchhandlg., Altensfeld.

Mitglieder der Krankenkassen werden während des verletzlichen Zustandes zu den vom württ. Kerkteuerband festgesetzten Sätzen als Privatpatienten gegen Bargzahlung behandelt. Württbg. Kerkteuerband.

Alle Druckerarbeiten für den privaten, geschäftlichen und amtlichen Verkehr liefert in kürzester Zeit und in sauberster Ausführung bei billigen Preisen die W. Rieker'sche Buchdruckerei Altensfeld.

Landwirte! Denkt an die Not der armen Mütter in den Städten, die für ihre Säuglinge keine Milch haben. Denkt an die Kranken und Armen, denen heute die Milch fehlt. Liefert deshalb eure übrige Milch an die Sammelstellen ab. Elisabeth Sannwald, Vorsitzende des Landw. Hausfrauenvereins Calw, Wilhelm Dingler, Vorsitzender des Landw. Bezirksvereins Calw. Zur gefl. Beachtung der Inserenten! Inserate sind entweder sofort bei Aufgabe oder sofort nach ihrem Erscheinen in der Zeitung zu bezahlen.